

## Ausbildungsstelle (Verwaltungspraktikum) Verwaltungspraktikant/in im Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesverwaltungsgericht beabsichtigt, ehestmöglich einen/e Verwaltungspraktikanten/in (Ausbildungsverhältnis für die Dauer 1 Jahres mit einer Wochendienstzeit von 40 Stunden) aufzunehmen.

Durch das Eingehen dieses Ausbildungsverhältnisses wird kein Dienstverhältnis zum Bund begründet. Auf eine Übernahme in ein Dienstverhältnis zur Republik Österreich besteht kein Anspruch.

<b>Wertigkeit/Einstufung:</b>	v3
<b>Dienststelle:</b>	Bundesverwaltungsgericht
<b>Dienstort:</b>	Erdbergstraße 192-196
<b>Vertragsart:</b>	Befristet
<b>Befristung:</b>	
<b>Beschäftigungsausmaß:</b>	Vollzeit
<b>Beginn der Tätigkeit:</b>	ehestmöglich
<b>Ende der Bewerbungsfrist:</b>	07.06.2019
<b>Monatsentgelt/bezug mindestens:</b>	€ 899,45 brutto, ab dem 4. Monat € 1.798,90 brutto
<b>Referenzcode:</b>	BVwG-19-0580

### Aufgaben und Tätigkeiten

1. Mitarbeit bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zeugen- und Beteiligtengebühren gemäß § 26 VwGVG
2. Mitarbeit bei der Bearbeitung von Anträgen auf Dolmetscher- und Sachverständigengebühren gemäß §§ 53a und 53b AVG
3. Teilnahme an der täglichen Sichtung des Posteinganges
4. Mitarbeit bei der Administration der finanziellen Angelegenheiten der Rechtsberatung iSd § 52 BFA-VG

### Erfordernisse

1. österreichische Staatsbürgerschaft oder unbeschränkter Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
2. abgeschlossene Lehre als Bürokauffrau/-mann oder Verwaltungsassistent/in bzw. Absolvierung

- einer kaufmännischen Ausbildung (Handelsschule)
3. Einsatzbereitschaft und persönliches Engagement
  4. Unbescholtenheit
  5. die persönliche und fachliche Eignung für die Erfüllung der Aufgaben, die mit der vorgesehenen Verwendung verbunden sind
  6. gute sprachliche und schriftliche Kommunikationsfähigkeit;
  7. EDV-Kenntnisse

Die Erfüllung dieser Erfordernisse ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

### **Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges**

Bewerbungsgesuche, in denen die Gründe anzuführen sind, die die Bewerberin/den Bewerber für die Ausbildungsstelle als geeignet erscheinen lassen, sind per E-MAIL ([bewerbung@bvwg.gv.at](mailto:bewerbung@bvwg.gv.at)) oder per Post an das „Bundesverwaltungsgericht Geschäftsbereich Personal“ per Adresse: Bundesverwaltungsgericht Geschäftsbereich Personal 1030 Wien, Erdbergstraße 192-196“, zu richten. Die Bewerbung gilt als fristgerecht, wenn sie bis spätestens 07.06.2019 bei der angeführten Stelle eingelangt ist.

Verspätet einlangende bzw. nicht gehörig belegte Bewerbungen für die zu besetzende Ausbildungsstelle können nicht berücksichtigt werden.

Für allfällige aus dem Bewerbungsverfahren entstehende Kosten wird kein Ersatz geleistet.

Die in der Bewerbung enthaltenen bzw. im Rahmen des Bewerbungsprozesses bekanntgegebenen personenbezogenen Daten werden vom Bundesverwaltungsgericht zur Abwicklung des Bewerbungsprozesses im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der diese begleitenden nationalen Datenschutzbestimmungen verarbeitet.